

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Christian Görke, Nicole Gohlke,
Doris Achelwilm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke
– Drucksache 21/3616 –**

Bundeskaderathletinnen und -athleten finanziell und sozial absichern sowie anschließende Berufsperspektiven ermöglichen

A. Problem

Aus Sicht der antragstellenden Fraktion Die Linke sind viele Bundeskaderathletinnen und -athleten nicht ausreichend sozial abgesichert und ihr Lebensunterhalt ist meist nur ungenügend gedeckt. Darüber hinaus ist ihre berufliche Zukunft nach der aktiven Zeit ohne Berufsausbildung oder Studium meist ungewiss. Durch diese unzureichende Existenzsicherung werde nicht nur die individuelle Zukunft der Bundeskaderathletinnen und -athleten, sondern auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Spitzensports gefährdet.

B. Lösung

Eine verbindliche finanzielle und soziale Mindestsicherung für alle Bundeskaderathleten und Bundeskaderathletinnen im Rahmen der Sportförderung festschreiben sowie eine anschließende Berufsperspektive ermöglichen.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 21/3616 abzulehnen.

Berlin, den 28. Januar 2026

Der Haushaltsausschuss

Lisa Paus
Amtierende Vorsitzende

Kerstin Radomski
Berichterstatterin

Marcus Bühl
Berichterstatter

Dr. Thorsten Rudolph
Berichterstatter

Leon Eckert
Berichterstatter

Ines Schwerdtner
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Kerstin Radomski, Marcus Bühl, Dr. Thorsten Rudolph, Leon Eckert und Ines Schwerdtner

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 53. Sitzung am 15. Januar 2026 den Antrag auf **Drucksache 21/3616** zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss und zur Mitberatung an den Ausschuss für Sport und Ehrenamt und den Ausschuss für Arbeit und Soziales überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag der Fraktion Die Linke soll die Bundesregierung aufgefordert werden, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, der

1. die Einführung einer verbindlichen Mindestsicherung für alle Bundeskaderathleten und Bundeskaderathletinnen nach ihrem Schulabschluss festschreibt. Diese Mindestsicherung soll dafür sorgen, dass alle Bundeskaderathleten und Bundeskaderathletinnen
 - a) parallel eine Ausbildung oder ein Studium absolvieren können,
 - b) mindestens den Betrag von aktuell 1.800 Euro pro Monat brutto erhalten,
 - c) sozialversichert sind und Arbeitnehmerrechte wie Mutterschutz in Anspruch nehmen können;
2. eine angemessene Übergangsfrist für die Mindestsicherung nach Ausscheiden aus dem Bundeskader beinhaltet;
3. eine Finanzierung der Maßnahmen über den Bundeshaushalt im Rahmen der Sportförderung vorsieht.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Sport und Ehrenamt** hat den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 21/3616 in seiner 16. Sitzung am 28. Januar 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD und Die Linke bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 21/3616 in seiner 18. Sitzung am 28. Januar 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Vorlage abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 21/3616 in seiner 29. Sitzung am 28. Januar 2026 abschließend beraten. Er beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 21/3616 abzulehnen.

Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefasst.

Berlin, den 28. Januar 2026

Kerstin Radomski
Berichterstatlerin

Marcus Bühl
Berichterstatter

Dr. Thorsten Rudolph
Berichterstatter

Leon Eckert
Berichterstatter

Ines Schwerdtner
Berichterstatlerin